

CDU

UWG

Unabhängige Wählergemeinschaft e.V. Gütersloh

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

An den Vorsitzenden des Planungsausschusses

Herrn
Heiner Kollmeyer
Rathaus - Berliner Str. 70
33330 Gütersloh

CDU-Fraktion
Moltkestr. 56
33330 Gütersloh
Tel.: 9170945
fraktion-rat@cdu-guetersloh.de

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Böttchergasse 4
33330 Gütersloh
Tel.: 14051
gruene.guetersloh@gtelnet.net

UWG-Fraktion
Julius-Leber-Str. 1
33332 Gütersloh
Tel.: 54482
info@uwg-guetersloh.de

25.11.2010

Sehr geehrter Herr Kollmeyer,

die Fraktionen der CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und der UWG im Rat der Stadt Gütersloh stellen für den Planungsausschuss am 09.12.2010 folgenden Antrag:

"Beibehaltung von Tempo 30 in Friedrichsdorf"

Der Planungsausschuss beschließt:

Die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Brackweder Straße in Friedrichsdorf auf 30 km/h bleibt bestehen.

Begründung:

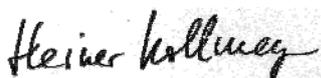
Der Planungsausschuss hat m 12.11.2009 auf der Grundlage eines Bürgerantrags einstimmig folgendes beschlossen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Straßenverkehrsbehörde über das Beratungsergebnis des Ausschusses zu informieren, auf der Brackweder Straße in Friedrichsdorf probeweise für ein Jahr eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h einzurichten.“

Am 23.06.2010 wurden entsprechende Schilder montiert. Da diese schlecht sichtbar waren, erfolgte nach verschiedenen Beschwerden aus der Bevölkerung eine Verbesserung der Beschilderung. Nach einem Bericht im Planungsausschuss halten sich viele Autofahrer offensichtlich noch nicht an das Tempolimit. Die Straßenverkehrsbehörde hat gegenüber Anliegern geäußert, dass die Maßnahme nur ein halbes Jahr lang bestehen bleiben soll.

Aufgrund der verzögerten und ungünstigen Beschilderung ist ein Zeitraum von einem halben Jahr zu kurz, um weiterführende Erfahrungen mit der Annahme des Tempolimits und differenzierte Aussagen zu den Auswirkungen treffen zu können. Dies ist jedoch erforderlich, um eine nachhaltige Lösung für die Brackweder Straße und für Friedrichsdorf zu finden

Die Straßenverkehrsbehörde soll deshalb aufgefordert werden, die Geschwindigkeitsbegrenzung, wie vom Planungsausschuss vorgeschlagen, mindestens für ein Jahr beizubehalten. Im Anschluss daran wird auf der Grundlage einer genauen Auswertung der Ergebnisse im Planungsausschuss über das weitere Vorgehen beraten.



Heiner Kollmeyer
Fraktionsvorsitzender CDU



Marco Mantovanelli
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen



Peter Kalley
Fraktionsvorsitzender UWG

